

Eine Steuer, die spaltet

Atomkraft Was (und wie) zahlt die Industrie für längere Laufzeiten?

VON RUDI WAIS

Berlin. Es geht um gewaltige Summen. Mit einer Verlängerung der Laufzeiten für die 17 Atomkraftwerke in Deutschland würden die großen Stromversorger jedes Jahr zusätzliche Gewinne von rund 6,4 Milliarden Euro einfahren. Steigt der Strompreis von gegenwärtig 6,5 auf sieben Cent pro Kilowattstunde, wären es nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sogar 7,2 Milliarden. Von diesem Kuchen fordert allerdings auch der Fiskus seinen Teil – in Form der sogenannten Brennelementesteuer, die Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) möglichst schon im nächsten Jahr einführen möchte. Die Atomkonzerne jedoch wollen sie in der geplanten Form auf keinen Fall akzeptieren.

Wie soll die neue Steuer aussehen? Und was bringt sie dem Staat?

Schäuble kalkuliert mit Einnahmen von 2,3 Milliarden Euro pro Jahr. Dieses Geld soll nicht nur in den allgemeinen Haushalt fließen, sondern auch für die Sanierung maroder Atommülllager wie der niedersächsischen Asse verwendet werden. Geschätzte Kosten: vier Milliarden Euro. Berechnet würde die Steuer auf Basis der verwendeten Brennstoffe. Im Gespräch sind 220 Euro für jedes Gramm Uran bzw. Plutonium. Darüber hinaus sollen sich die Versorger mit einer zweiten Abgabe in ähnlicher Höhe an der Förderung der erneuerbaren Energien beteiligen – zum Beispiel an der Erforschung neuer Speichertechnologien. Im Koalitionsvertrag, sagt der FDP-Energieexperte Horst Meierhofer, hätten sich Union und FDP verpflichtet, einen „großen Teil“ der zusätzlichen Gewinne abzuschöpfen, die die Atomkonzerne erwirt-

schaften, wenn Reaktoren länger am Netz bleiben. Das bedeute „mindestens die Hälfte, wenn nicht mehr“.

Warum wehren sich die Versorger so heftig? Bleibt ihnen, am Ende, nicht noch genug an Gewinn?

„Eine solche Steuer würde unsere Ertragskraft erheblich schmälern“, klagt der Chef des RWE-Konzerns, Jürgen Großmann. Dies mindere zwangsläufig den Spielraum für Investitionen in erneuerbare Energien. Außerdem verstößt das geplante Gesetz nach Ansicht der Branche gegen europäisches Recht, weil es eine Energiequelle einseitig belaste. In Schweden allerdings hat die EU-Kommission eine ähnliche Steuer bisher nicht beanstandet: Sie bringt dem Fiskus dort fast so viel Geld wie die Kraftfahrzeugsteuer. Im Kampf gegen die Brennelementesteuer berufen Großmann und seine Kollegen sich auch auf eine Verabredung, die sie mit der rot-grünen Koalition getroffen haben. Im Ausstiegsbe-

Der Atomausstieg

- Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP vereinbart, den Ausstieg aus der Atomenergie um etliche Jahre nach hinten zu verschieben. Die Details sind jedoch noch unklar.
- Im Juni 2000 hatten sich die rot-grüne Koalition und die Stromkonzerne darauf geeinigt, die deutschen Kernkraftwerke nach durchschnittlich 32 Jahren abzuschalten. Der letzte Reaktor sollte danach um das Jahr 2020 herum vom Netz gehen.
- Damals waren noch 19 Reaktoren in Betrieb, gegenwärtig sind es noch 17. Drei Jahre nach dem Ausstiegsbeschluss wurde der Reaktor in Stade abgeschaltet, weitere zwei Jahre später der in Obrigheim.

schluss hatte die Bundesregierung sich damals verpflichtet, die Nutzung der Kernenergie nicht einseitig zu diskriminieren. Dies gelte, so der Text, „auch für das Steuerrecht“.

Die Stromversorger bieten einen Fonds an, den sie freiwillig füttern. Eine realistische Alternative?

Ob Steuer oder Fonds: „Das Mittel“, sagt FDP-Mann Meierhofer im Gespräch mit unserer Zeitung, „ist sekundär.“ Die Konzerne wollen als Gegenleistung für eine Laufzeitverlängerung um mindestens 15 Jahre einen Teil ihrer Extragewinne in einen „Atomfonds“ fließen lassen, der dem Vernehmen nach bis zu 30 Milliarden Euro schwer wäre und aus dem der Bund jedes Jahr mehrere Milliarden erhalten soll. Ein Problem: RWE, Eon, Vattenfall und EnBW wollen den Fonds zunächst über Schulden finanzieren und diese nach und nach mit den Erträgen aus der Laufzeitverlängerung tilgen. Für diese Schulden müsste die staatseigene KfW-Bank eine Art Garantie übernehmen – sodass zunächst der Steuerzahler das Ausfallrisiko tragen würde. Und: Bei einer Verlängerung der Laufzeiten um mehr als zehn Jahre würden die Versorger mit dem Fonds deutlich günstiger fahren als mit der Brennelementesteuer samt Zusatzabgabe.

Welche Lösung ist die wahrscheinlichere: Fonds oder Steuer?

Der Finanzminister hat bereits angedeutet, dass er nicht auf seinen bisherigen Steuerplänen beharrt. Ehe über konkrete Summen verhandelt wird, muss allerdings klar sein, welche Reaktoren wie lange am Netz bleiben. Ein entsprechendes Konzept wollen Umweltminister Norbert Röttgen und Wirtschaftsminister Rainer Brüderle nach der politischen Sommerpause vorlegen.